

Vorlage  
zu den Sitzungen der nachfolgenden Gremien:

Kreisausschuss	14.04.2011	TOP
Kreistag	12.05.2011	TOP

**Erklärung des Kreises Kleve zur ABC-Waffen freien Zone und Beitritt zur Organisation „Mayors for Peace“**

Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 28.03.2011

1.

Mit Schreiben vom 28.03.2011 beantragt die Kreistagsfraktion DIE LINKE, der Kreisausschuss/der Kreistag möge beschließen, dass sich der Kreis Kleve zu einer ABC-Waffen freien Zone erklärt.

Verteidigungspolitische Entscheidungen obliegen unstreitig dem Bund. Eine solche Erklärung überschreitet damit deutlich die dem kommunalen Selbstverwaltungsrecht gezogenen Grenzen. Auf die Ausführungen des Bundesverwaltungsgerichts in seinem Urteil vom 14.12.1990 (BVerwG 7 C 37.89) wird verwiesen. Das Urteil ist als Anlage beigefügt.

2.

Mit gleichem Schreiben beantragt die Kreistagsfraktion DIE LINKE, der Kreisausschuss / der Kreistag möge beschließen, dass der Kreis Kleve dem internationalen Verband „Mayors for Peace“ beitrifft.

Die Organisation „Mayors for Peace“ richtet sich vorrangig an die in den Städten und Gemeinden verantwortlichen Hauptverwaltungsbeamten. Die Mitgliedschaft ist an die Stadt oder Gemeinde gebunden, nicht an die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister als Einzelperson. Die Organisation „Mayors for Peace“ versucht Einfluss auf die weltweite Verbreitung von Atomwaffen zu nehmen und diese zu verhindern.

Damit befindet sich die Organisation „Mayors for Peace“ (so wie viele andere Nichtregierungsorganisationen auch) im Einklang mit allen EU-Mitgliedstaaten und natürlich auch der Bundesrepublik Deutschland. Auch die EU-Mitgliedstaaten haben die Verhinderung der Verbreitung von ABC-Waffen als eines ihrer gemeinsamen Hauptziele definiert. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich immer (im Sinne der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik), auch unter wechselnder Regierungsverantwortung, in einem parteienübergreifenden Konsens für die Verhinderung der Verbreitung von ABC-Waffen einsetzt.

Es ist selbstverständlich, dass der Kreis Kleve diese bundesweiten bzw. EU-weiten Ziele und Bemühungen vorbehaltlos unterstützt.

Ein Beitritt des Kreises Kleve zur Organisation „Mayors for Peace“ wäre rein deklaratorischer Art. Die Belange und Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner des Kreises Kleve werden hierdurch nicht neu definiert. Auch würde ein Beitritt des Kreises keine Bindungswirkung für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden entfalten. Deren Beitrittsentscheidung unterliegt ausschließlich dem jeweiligen kommunalen Selbstverwaltungsrecht. Insofern befinden die

kreisangehörigen Kommunen eigenständig über eine Mitgliedschaft. Von den Städten und Gemeinden im Kreis Kleve ist aktuell lediglich die Stadt Straelen Mitglied.

Einer Mitgliedschaft des Kreises Kleve bedarf es daher nicht.

3.

Mit gleichem Schreiben beantragt die Kreistagsfraktion DIE LINKE, der Kreisausschuss / der Kreistag möge beschließen, dass der Landrat dem internationalen Verband „Mayors for Peace“ beitrifft.

Der Landrat ist in Person Hauptverwaltungsbeamter und Organ des Kreises Kleve. Zu seinen wichtigsten Kompetenzen gehört neben der gesetzlichen Vertretung des Kreises und der Wahrnehmung der Geschäfte der laufenden Verwaltung die Ausführung der Beschlüsse des Kreistags. Insoweit entspricht der 3. Antrag inhaltlich dem 2. Antrag und ist somit entbehrlich.

Soweit ein Beitritt des Landrates explizit als Einzelperson gemeint ist, so weist die Organisation „Mayors for Peace“ auf ihrer Homepage selbst darauf hin, dass die Mitgliedschaft an die Kommune und eben nicht an die Einzelperson des Hauptverwaltungsbeamten gebunden ist. Im übrigen wird, um Wiederholungen zu vermeiden, auf die Ausführungen unter 2. verwiesen.

#### Beschlussvorschlag:

Ich schlage dem Kreisausschuss vor, dem Kreistag zu empfehlen, den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE in allen drei Punkten abzulehnen.

Kleve, 05.04.2011

Kreis Kleve  
Der Landrat  
3.1

Spreen



Antrag ABC Waffen freie Zone.pdf



Anlage ABC Waffen.pdf